



Regierungsratsbeschluss vom 17. Mai 2022

Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut"; Fristverlängerung

P211247

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat eine Verlängerung der Frist für die Berichterstattung zur kantonalen Volksinitiative «1% gegen globale Armut» sowie zur Durchführung der Volksabstimmung um je zwölf Monate. Die Initiative fordert, dass der Kanton Basel-Stadt jährlich Beiträge für internationale Entwicklungszusammenarbeit gewährt, die mindestens 0,3 und höchstens 1 Prozent der kantonalen Steuererträge von natürlichen und juristischen Personen entsprechen. Der Regierungsrat begrüsst grundsätzlich einen Ausbau der kantonalen Entwicklungszusammenarbeit. Aufgrund der Vielfältigkeit des bestehenden internationalen Engagements des Kantons soll im Rahmen eines Gegenvorschlages ein Gesetz über die internationale Zusammenarbeit (IZA) des Kantons Basel-Stadt ausgearbeitet werden. Um eine umfassende Abstimmung des geplanten Gegenvorschlages mit der bestehenden Praxis der Entwicklungszusammenarbeit und aktuell geplanten Geschäften im Bereich der internationalen Zusammenarbeit gewährleisten zu können, ist eine Verlängerung der genannten Fristen notwendig.

